

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Reith'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 282.

Freitag den 30. November 1928.

86. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 29. Nov. Das Reichskabinett plant von sich aus einen neuen Vermittlungsvertrag im Eisenstift, und zwar wird Dr. Stresemann als Vermittler genannt.

Tagung der württ. Industriellen.

Göppingen, 29. Nov. Die 11. Mitgliederversammlung des Verbands württ. Industrieller fand im Zeichen der europäischen Wirtschaftsprobleme; Panuropa und Auslandsverflechtung waren die Gegenstände der beiden Vorträge. Am Mittwoch vormittag wurden die Jura-Vollstreckungswerte in Höheheim befaßt. Um 2.30 Uhr eröffnete Geh. Rat Dr. Bruntmann im gefüllten Saal des Kneißelhotels die Mitgliederversammlung und begrüßte u. a. Oberbürgermeister Darmann und Landrat Feurer von Stadt und Bezirk Göppingen, besonders herzlich Kommerzienrat Goldmann, den er wärmer lebhaftem Gehör zu den Erfolgen des „Graf Zeppelin“ beglückwünschte. Nach kurzen Ansprachen von Fabrikant Holz von Industriellenverband Göppingen und Umgebung und von Oberbürgermeister Darmann sprach der Generaldirektor der Deutschen Zementwerke A.G., Dr. Hellner, über „Die deutsche Wirtschaft und der europäische Zusammenstoß“. Er ging davon aus, daß die Geschichte der Menschheit die Geschichte immer umfassender Zusammenstöße unter dem Druck wirtschaftlicher Notwendigkeit sei. Deutschland befinde sich jetzt in einer solchen Zwangslage, die einen Zusammenstoß erfordert. Seine auswärtigen Verpflichtungen bedingten einen intensiven Export, der wiederum die Lebensgrundlage darstellt, und werde die Kaufkraft am inneren Markt gerät und die moderne nationale Wirtschaftsweise könne sich nicht entfalten, weil Rohstoffproduktion und Rohstoffabgabe ein großes und einheitliches Absatzgebiet voraussetze. Die Folge davon sei Konjunkturschwäche im Inland und Ausland. Die jetzige Entwicklung Deutschlands führe also zur wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe. Nur die Vergrößerung anderer Wirtschaftszweige durch Zusammenstoß mit Europa einer der größten inneren Markt und damit die Möglichkeit einer Produktionsentwicklung nach amerikanischem Vorbild. Die Aufhebung der Zollschranken werde die Produktion Europas zu steigern, daß alle Lebensnotwendigkeiten überwunden werden könnten. Nicht nur Deutschland sei an der Situation interessiert, sondern alle europäischen Staaten, und deshalb wünschere der Verband auch in Frankreich, zumal jetzt, wo die Stabilisierung Frankreichs Konjunkturfähigkeit verschlechtert. Nationale Gefürchtungen seien auf beiden Seiten unberücksichtigt, kein Staat werde in dem neuen Europa eine Demagogie beanspruchen können. Europa müsse zwangsläufig dem Vorbild Amerikas folgen, welches durch glückliche historische Umstände demozug, ist schon ein weltumspannendes Wirtschaftsgebiet und auf dieser Grundlage seine Wirtschaft zu überwältigend entwickelt habe. Als zweites Redner sprach Finanzminister A. D. Dr. Schul über „Auslandskredite und Auslandsverflechtung“. Die langfristigen Auslandskredite bedeuten für die Wirtschaft eine sehr drohende Gefahr, die leicht zu einer politischen Gefahr werden kann. Die Beförderung der mittleren und kleineren Industrie mit langfristigen Krediten verzieht vor allem wegen der Sicherheitsleistung Schwierigkeiten, die zu überwinden nur durch eine Aufgabe der Zentralbank deutscher Industrie ist. Ihre Geschäftsbedingungen müssen natürlich die geringere Sicherheit der Industrieunternehmen berücksichtigen. Nachdem vom Verband württ. Industrieller das Bedürfnis einer solchen Zentralbank bejaht worden war, hat sich der württ. Gewerbeverband an der Zentralbank beteiligt. Bereits hat die württ. Industrie einen Bedarf von 5 Millionen angemeldet, jedoch werden Beiträge unter 100000 Mark kaum berücksichtigt werden können. Daß die Wirtschaft, die private und öffentliche, Auslandskredite braucht, steht außer Frage. Die Kapitalverflechtung im Inland ist zwar in Betracht der wirtschaftlichen Lage ebenfalls noch und beträgt 1927 9 Milliarden Mark gegen 11,5 Milliarden Mark 1913. Zur Vermeidung übermäßiger Auslandsverflechtung gibt es nur die Mittel härterer Produktionssteigerung bei möglicher Vermeidung jeder unnötigen Ausgabe. Eine härtere Bedienung der Ausgaben der öffentlichen Hand ist, wenn auch nur ganz allmählich, notwendig. Die sozialen Leistungen müssen herabgesetzt werden. Damit kann aber die jährlich um 3 Milliarden wachsende Auslandsverflechtung (Bauspar der Danubienland und Reparationslohn) immer noch nicht vermindert werden. Deshalb muß ein Ausbau der Reparationslohn erfolgen, was jedoch nicht in der Macht Deutschlands liegt, sondern von der wachsenden Verantwortung der Mächte Deutschlands abhängt. An die Vorträge schloß sich eine kurze Ansprache an.

Der Christliche Volksdienst und die Regierung.

Königs, 29. Nov. In einer Versammlung des Christl. Volksdienstes sprach Landtagsabgeordneter Hansh. Beilstein des Verhältnisses zur Regierung erklärte er u. a.: Der Christliche Volksdienst beurteilt jede Regierung, ob rechts oder links, nur nach ihren Taten. So war es klar, daß er jeder sich bildenden Regierung zunächst eine gewisse Chance geben würde. Das tat er auch, als die Regierung Holz-Bazille sich bildete, obwohl weder ein katholischer Staatspräsident noch keine Wünsche entsprach nach der Kulturminister Bazille keine volle Billigung findet. Den Versuch der Deutschen Volkspartei, Bazille zum Rücktritt zu zwingen, machte er nicht mit, weil der Bauernbund eine Ausschließung Bazilles mit dem Austritt aus der Regierung beantwortet hätte. Und Bazille durch Deumann zu erleben, dazu lag für den Chr. Volksdienst kein Grund vor. Der Christl. Volksdienst wird sich jeder Regierung gegenüber in einer gewissen Spannung befinden. Das wird so sein und bleiben müssen, solange das Ziel des Christl. Volksdienstes den Geboten Gottes auch in der Politik Anerkennung zu verschaffen, nicht erreicht ist.

Ein Zwischenfall im bayerischen Landtag.

München, 28. Nov. Im Landtag kam es bei der Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Wittmann zu einem Zwischenfall. Als Dr. Wittmann gegen die Sozialdemokraten polemisierte, antwortete der sozialdemokratische Abgeordnete Wendel mit Zwischenrufen, worauf der Nationalsozialist Wagner in größter Erregung seine Wut nach dem Zwischenrufer wies, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Präsident erteilte dem Abgeordneten Wendel und dem Abgeordneten Wagner einen Ordnungsruf und appellierte an das Haus, im Interesse des Ansehens des Parlaments derartige Ausfälle zu vermeiden.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens für die textilindustrielle Textilindustrie.

Eberfeld, 28. Nov. Der Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk hat in einem Schreiben an die Textilindustriellen des Lohn- und Arbeitszeitabkommens für die Textilindustrie in der Textilindustrie im Bergischen Industriebezirk zum 31. Dezember gekündigt. In dem Schreiben wird auf die ungünstige Lage der Betriebe der textilindustriellen Textilindustrie hingewiesen und vorgeschlagen, das augenblickliche Lohn- und Arbeitszeitabkommen in der bisherigen Form unverändert mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1930 zur Grundlage der neu zu treffenden Regelung zu machen. In den in Frage kommenden Betrieben sind rund 50.000 Arbeiter beschäftigt.

Deutsch-polnische Einigung in der Chorzow-Angelegenheit.

Berlin, 28. Nov. In der bekannten Chorzow-Angelegenheit betreffend die von dem polnischen Staat in Anspruch genommene Stahlfabrik der Oberschlesischen Stahlfabrik A.G. in Chorzow und Patente der Oberschlesischen Stahlfabrik A.G. (Verfahren Frank-Caro) sind in der letzten Zeit Verhandlungen zwischen dem polnischen Staat und Geheimrat Professor Dr. Caro als Vertreter dieser Gesellschaften geführt worden. Diese zeitigen ein Uebereinkommen. Der polnische Staat hat die Patente der Oberschlesischen Stahlfabrik zur Benutzung im Chorzower Werk gegen Barzahlung übernommen und hat sich nun verpflichtet, den Oberschlesischen Stahlfabrikanten in Katen eines früheren Betrag zu zahlen. Außerdem ist zwischen dem Geheimrat Caro vertretenen deutschen Stahlfabrikanten und dem polnischen Staat ein Abkommen getroffen worden, wodurch der polnische Staat dem deutschen Stahlfabrikanten gegenwärtig ausgesetzt wird, und zwar unabhängig von etwaigen Sondermaßnahmen oder Sonderbeiträgen. Auf dem Gebiet des Stahlfabrikations, künstlichem Solpeter usw. ist weitgehende gemeinsame Arbeit vereinbart worden. Diese Abmachungen haben die Zustimmung der beteiligten Regierungen angenommen.

Ausland.

Genf, 29. Nov. In Völkerbundkreisen gilt es jetzt als wahrscheinlich, daß die nächste Tagung des Völkerbundrates in Lugano stattfinden wird.

Paris, 29. Nov. Der englische Botschafter Sir William Tyrer unterbreitete in Paris einen neuen Schritt, um Uebereinstimmung in der Hispanienfrage zu erreichen. Ein Teil der Pariser Presse äußert sich vermisslich über die Haltung Englands und behauptet, daß keinerlei Einigung zwischen Paris und London erzielt sei.

Madrid, 29. Nov. Ein Besuch der spanischen Journalisten am Aufhebung der Verhaftung wurde von Primo de Rivera kategorisch abgelehnt.

Polnische Einmischung in Danzig.

Danzig, 29. Nov. Die polnische Regierung hat an Danzig eine Note gerichtet, in der sie sich über polenfeindliche Medien auf verschiedenen Danziger Kongressen bedauert. In der gleichen Sitzung des Völkerbundes erklärte der Präsident des Senats, der Senat habe die polnische Regierung nicht darüber im unklaren gelassen, daß die Regierung diese Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse ablehne, zumal die Kongresse keinerlei politischen Zielen dienen, sondern lediglich kulturellen Charakter tragen.

Aus Lord Aldernans Tagebuch.

London, 29. Nov. Das Tagebuch des englischen ehemaligen Botschafters in Berlin, Lord Aldernon, dessen Veröffentlichung heute im „Daily Telegraph“ fortgesetzt wird, enthält eine interessante Schilderung der Konferenz von Spa im Juli 1920. Unmittelbar nach der Ankunft der Delegierten entstand, so schreibt Lord Aldernon, ein ernstes Mißverständnis darüber, daß die Deutschen mit Vorkriegsformalität sofort ihre Karten bei den einzelnen Delegierten abgaben. Die Jermolow wurde von den Engländern im Drange der Arbeit nicht erwidert, ohne daß damit irgend eine Absicht verbunden hätte. Infolge der allgemeinen Unklarheit der Situation sei daraus demnach ein erster internationaler Zwischenfall entstanden. Lord Aldernon schreibt dann das dramatische Ausreten des Generals Beckt. Es sei eine denkwürdige Szene gewesen, als der General mit einem Stab, der zwar an Zahl klein, doch in Wehrtauglichkeit war, im Saal erschienen. Das hochmütige Ausreten habe den allierten Militärs sehr gefallen, aber einen schlechten Eindruck auf die jüdischen Delegierten, besonders auf Lloyd George, gemacht, der darin eine lächerliche Loyalität und militärische Arroganz fand. Lord Aldernon fand jedoch offenbar, daß die Haltung der deutschen Militärs im augenblicklichen Augenblick zu der Unterwürfigkeit mancher ziviler Abgeordneter stand. Weiter berichtet er folgenden charakteristischen Vorfall: Lloyd George drängte die deutschen Delegierten, die Entlassungsverpflichtungen ohne Hörens auszuführen, und vor allem die irregulären Verbände zu entwaffnen, die die deutsche Position so sehr komplizierten. Dr. Schrenker habe darauf mit aller Aufrichtigkeit geantwortet: „Ich bin ein

alter Mann, der bald vor seinem großen Richter zu erscheinen hat. Glauben Sie mir deshalb, wenn ich Ihnen sage, daß ich das ehrliebe Bestreben habe, den Friedensvertrag auszuführen. Doch ich kann nichts Unmögliches erreichen.“

Eine parlamentarische Notkonferenz?

Washington, 28. Nov. Der Vorkämpfer des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Britten, hat an den britischen Premierminister Baldwin ein Telegramm geschickt, in dem er anregt, es sollte eine gemeinsame Konferenz von Mitgliedern des britischen Parlaments und des Marineauschusses des Repräsentantenhauses abgehalten werden, um die Frage der Gleichheit der Seestreitkräfte beider Staaten in allen Kriegsschiffklassen, die von den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz nicht berührt worden sind, zu prüfen. Das Telegramm schlägt vor, daß die Konferenz nach dem 1. März in Kanada zusammenzutreten sollte. Nach Beendigung der Beratungen würden die beiden Delegationen ihren Regierungen Bericht vorzulegen haben. In einem Interview erklärte Britten, er habe sich zu diesem Telegramm entschlossen im Hinblick auf die Rede des Premierministers vom 13. November, in der er den Wunsch nach persönlichen Unterredungen zwischen britischen und amerikanischen Vertretern zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses ausgedrückt habe.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 29. Nov. Wie wir erst nachträglich erfahren, war es dem ältesten Neuenbürg, Herrn Eugen Seeger, Bräutemann, früher Pastor des Eisenfurt-Superfeld, letzten Montag vergangen, seinen 86. Geburtstag im engeren Familienkreise zu begehen. Herr Seeger erfreut sich trotz seines hohen Alters voller Körperlichkeit und geistiger Frische, die ihn befähigt, noch in Gesellschaft zu verkehren. Wir wünschen dem Hochbetagten weiterhin Gesundheit und einen schönen Lebensabend.

Neuenbürg, 29. Nov. (Unfallbericht). Im Falle der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners sind eine Reihe von Gegenständen als Kompetenzsachen anfallbar. Die Frage, was zu den Kompetenzsachen zu rechnen sei, richtet sich nach der Beschaffenheit und Veranlassung der Sachen. Hier haben sich gewisse Schwierigkeiten in der Praxis herausgestellt, doch bilden diese keine unbedingte Gefahr dafür, daß nun ein bestimmter Gegenstand als Kompetenzsache anfallbar ist. Die kürzlich veröffentlichte Stellung von anderer Seite, daß die Schreibmaschine zu den Kompetenzsachen zu zählen sei, ist nur bedingt richtig. Nur dann, wenn der Schuldner nachweisen kann, daß er ohne die Schreibmaschine seine beruflichen Arbeiten nicht erledigen kann, nur dann ist die Unpfändbarkeit gegeben. Ähnlich verhält es sich beispielsweise auch mit Garderobekästen. Die Unpfändbarkeit eines Gesellschaftsanteils ist nur dann gegeben, wenn der Schuldner diesen zur Ausübung seines Berufs braucht (s. B. Kilmastel). Von der Pfändung sollen weiter ausgeschlossen sein Gegenstände des täglichen Bedarfs, die einen besonderen Wert nicht repräsentieren. So soll u. B. die Pfändung von Kochgeschirren, von nicht besonders wertvollen Photogrammen u. a. unterbleiben, wenn der Schuldner aus der erweiterten Sache die Kosten der Pfändung und Versteigerung voraussichtlich nicht übersteigt.

Neuenbürg, 29. Nov. (Kinder gehten nicht auf Fahrtrasse Ermordeter). Mit Rücksicht auf den immer mehr zunehmenden Verkehr auf den Straßen dürfte es für Eltern und Erzieher geboten sein, Schulkinder die Benutzung von Fahrtrassen, deren Bedale sie vom Sattel aus mit den Füßen nicht erreichen können, wegzulassen, wenn sie gezwungen sind, im Straßen zu radeln, um freier zu unterfahren, denn diese Unfälle bilden nicht nur ein Verkehrshindernis, sondern kann auch schwere Folgen nach sich ziehen. Dieser Tage kam vor dem Richtergericht ein Fall zur Verhandlung, der besonders lehrreich ist. Ein zehnjähriger Knabe, der auf dem Rade eines Erwachsenen fuhr, war bei seiner unvorsichtigen Fahrt vom Rade gestürzt und so unglücklich von dem Anhänger eines Kraftwagens überfahren worden, daß dem Knaben ein Bein abgenommen werden mußte. Die Schadenersatzklage des Vaters des Verunglückten wurde von allen Instanzen abgewiesen. Das Richtergericht hat keine Zustimmungsverweigerung der Klage wie folgt begründet: Durch das leichtfertige Radrennen im Straßen sei ein Schwanken des Rades bei jedem Trittschritt hervorgerufen worden, trotzdem habe der Knabe, abgesehen von geringfügigen Schlingensiefeln, das Fahrzeug ganz sicher in der Gewalt gehabt. Daß er plötzlich in Gefahr geraten konnte, habe der Knabe in einem ausreichenden Wogen überholende Fahrzeuge nicht anzunehmen brauchen. Auch sei er nicht verpflichtet gewesen, anzuhalten und den Schüler zu weichen oder ihn gar zum Absteigen zu veranlassen. Ein derartiger Fall, daß der Besagte den Unfall nicht gemerkt habe und noch eine Strafe weiter gefahren sei, könne keine Fahrlässigkeit begründet werden, ebensowenig aus dem Fehlen einer Signalisierung zwischen Anhänger und Motorwagenführer, denn der Besagte auf dem Besagten würde die Abregelung erst im Augenblick des Unfalls gezogen haben. Dadurch wäre aber der Unfall weder ganz, noch teilweise verhindert worden. Das Richtergericht lege sonach nur auf Seiten des Verletzten.

Wetterbericht. Langsam macht sich der Hochdruck im Westen geltend. Für Samstag und Sonntag ist zwar noch meeresnah bedecktes, aber vorwiegend trübendes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 29. Nov. Am Samstag und Sonntag hielt der Arbeiter-Gesangverein Fortwärtts seine Abendunterhaltung im Gasthaus „Linden“ ab, welche der Mitgliederzahl entsprechend gut besucht war. Der Verein selbst brachte einige Lieder zum Vortrag wie „Brüder zur Sonne“, „Waldlein und Bein“, „Weiber und Weib“, sowie „Abendgruß“ von Arnold. Es ist zu wünschen, daß der junge Verein

Bäckerei
empfehle sämtliche
Brot-Artikel
in la frischer Qualität
zu billigsten Preisen
und
Prozent Rabatt.
Ernst Lindemann
Neuenbürg,
Telefon 191.
NB.: Bestellungen
per prima
**Weihnachts-
Gänse**
werden jetzt schon an-
genommen.
Wollen!
Einwaschen
„Wollfärbung“
leicht
ger. Darum erkundigen
sich für Neuenbürg:
Neuenbürg.
Drogerie Albert Bach
er, Joh. S. Meyer, Dokt.
Traub, Schömburg.
Wende
ist das berühmte
Band
patent).
ne Schenkelriemen, Kopf-
le Arken von Bräutigam
ne Zeugnisse, auch Heil-
und Vertreter ist für alle
und Kinder) wieder mit
sprechen in:
Freitag den 30. No-
vember.
„Wollen“ am Freitag den
30. 11. 1928, 15 Uhr.
ge Hersteller:
Koch, Württbg.
Zettel
Wahl
Buchdruckerei.

unter sehr guter Leitung unter seinem Dirigenten Dittus von Oberhausen steht, der einen wesentlichen Fortschritt seit dem letzten Jahre zuwege gebracht hat. Das Charakterstück „Kerker und Freiheit“, Drama in 4 Akten machte seinem Schöpfer alle Ehre, die Rollen waren gut verteilt, Spieler und Spielerinnen lobenswert, manches Auge wurde feucht. Das Lustspiel „Der Erbe von Schnobelpitz“ war ein Stück zum Lachen. Die Rollen waren auch hier in guten Händen und die Spieler machten sich alle Ehre, besonders die Gauner Robert und Bertram. Sämtlichen Spielern wird ein humorvoller Abend noch beschieden sein.

Döbel, 2. Nov. Die Ortsgruppe Döbel des Schwab. Schneelaufbundes hielt letzten Sonntag im Gasthaus „Waldhorn“ ihre Generalversammlung. Der Vorsitzende war über den guten Besuch der Versammlung höchlich erfreut und führte dann in seinem Jahresbericht ungefähr folgendes aus: Der Skifahrer Döbel hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Einmal die Heranbildung tüchtiger aktiver Schneelaufkämpfer innerhalb der eigenen Reihen, damit die Ortsgruppe endlich aus den Anfängen herauskommt und sich auch an den Veranstaltungen des in dieser Winterzeit zum erstenmal auftretenden Nordharzschneelaufbundes beteiligen kann. Nur auf diese Weise kann sie auch ihrer zweiten Aufgabe gerecht werden, der Befreiung des Interesses benachbarter Schneelaufvereine für das herrliche Winterportgebiet des Döbel. — In selten einmütiger Weise haben sich die Käufer verpflichtet an den jeweiligen Leistungen und Veranstaltungen des Skiflubs teilzunehmen. Von verschiedenen Mitgliedern wurden Vereine für die jeweils besten Käufer in Aussicht gestellt. Die Erstattung der Schneebereiche haben Schmitz, Hänger und Oberländer auch übernommen, so daß Gewähr für unbedingt zuverlässige Berichte gegeben ist. Jetzt darf nur der Wettergott ein Winkeln haben und den erhabenen Schnee schicken, nicht wie in den letzten Wintern. Hebrigens wurde uns von maßgebender Seite versichert, daß verhindert werden solle, daß fernerhin noch Schnee nach auswärts verhandelt werde, namentlich nicht nach der Oberamtsstadt, es sei denn, wenn das Weis alles dorthin fliehe. (17) Nach Behandlung weiterer Punkte der Tagesordnung schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß auch ferner solche Einmütigkeit im

Δ Herrnsalb, 2. Nov. (Zur Gemeinderatswahl.) Es sind folgende Wahlvorschläge rechtzeitig eingereicht worden: 1. Vize der Kurierreferenten: Jodel Oswald Detelshofer, Karl Otto Hotelbäcker, Pfeiffer Karl Hotelbäcker, Holz Rudolf Landwirt, Weiß Hermann Schuhmachermeister, Herr Heinrich Photograf; 2. Von der Vereinigten Einwohnerschaft von Herrnsalb: Weisental und Kullensmühle: Wölfler August Feilermeister, Wölfler Willi Stantzenhainwart a. D., Gräble Arnold Fleischermeister, Wölfler Hermann Schuhmachermeister, Kähler Jakob Oberpostkammer, Förster Wilhelm Kaufmann, Gräble Heinrich Witterbäcker; 3. Von der Vereinigten Bürgerschaft: Wölfler Karoline Straßwartmeister, Kull Wilhelm Förster, Weigelt Franz Fuhrmann, Ruf Gottlieb Säger, Vint Franz Jung Säger, Förstner Martha, Dautsrau. Verein herrschen möge.

Döbel, Wetterbericht, Schwand, 3 Grad Kälte, 25 Zentimeter Niederschlag, Beschaffenheit Baulocher, Tagüber weiß, Abends gut, Nebelböden möglich.

Hilfsschnee, Schneehöhe 15-20 Zentimeter, je nach Lage 30 Zentimeter, - 3 Grad, Abends gut, Gränzhöhe: 35 Zentimeter Schneehöhe, - 2 Grad, Abends sehr gut.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 29. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Markt, Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: — Ochsen, 1 Bulle, 36 Jungkälber, 36 Jungstiere, 11 Kühe, 218 Kälber, 386 Schweine, 2 Ziegen, alles örtlich. Eids aus je 1 Ztr. Lebensmitteln: Ochsen — Bullen a 44-46 (letzter Markt 41-45), b 40-43 (am), Jungstiere a 50 bis 54 (am), b 44-49 (44-48), c 39-42 (am), Kühe b 27-34 (am), c 19-20 (19-25), d 14-18 (am), Kälber b 65-68 (am), c 58-64 (56-63), d 50-56 (48-54), Schweine a fetter über 300 Pfd. 81-82 (81), b vollfleischige von 240-300 Pfd. 90-81 (am), c von 200-240 Pfd. 78-80 (am), d von 160-200 Pfd. 76-78 (75-77), e fleischlos von 120-160 Pfd. 72-75 (72-74), Sauen 54 bis 68 (55-67) Mark. Markterfolg: Großvieh langsam, Kälber und Schweine mäßig beliebt bei schwachem Zutrieb.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 29. Nov. Der neue Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Dr. Hugenberg, sprach vergangens Dienstag in einer geschlossenen Versammlung der Würt. Bürgerpartei im großen Saal des Restaurants Greiner im Hindenburg-Bau zu seinen Parteifreunden in Württemberg. Der Landesvorstand und Landesauschuss, die Mitglieder der Partei in der Regierung, die Fraktion des Landtages, sowie die Vertreter der verschiedenen Parteiauslässe hatten sich hierzu eingefunden.

Stuttgart, 29. Nov. Im Amtsblatt des Kultusministeriums wird die Ordnung der Schulferien für das Jahr 1929 bekanntgegeben. Da die vorjährige Ordnung, bei der eine kleine Herbstferien und entsprechend verkürzte Sommerferien vorgezogen waren, zu gewissen Schwierigkeiten geführt hat, namentlich wegen der Bedürfnisse der Kindererholungsanstalten, wird im Jahre 1929 für Orte, an denen sich höhere Schulen mit Oberklassen befinden, von einer Herbstferien abgesehen werden. In diesen Orten sind die Osterferien vom 28. März bis 15. April, die Sommerferien vom 29. Juli bis 8. September je einschließend angelegt worden.

Essen, 30. Nov. Die kommunistische „Zentrale Kampfring“ der ausgeperrten Metallarbeiter hat ein Schreiben an den Bezirksauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Düsseldorf gerichtet, in dem der Generalsekretär der Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes gefordert wird.

Halle, 29. Nov. Auf dem Gute Lettin brannte gestern eine Scheune und ein Kuhstall nieder. In der Scheune befanden sich 1200 Zentner Stroh und 1200 Zentner Klee. Mitverbrannt sind landwirtschaftliche Maschinen und Kleintvieh. Eine Frau erlitt vor Schreck einen Herzschlag. Das Feuer entstand durch Kurzschluss.

Berlin, 30. Nov. Zwischen Regierung und Parteien sollten die am Dienstag eingeleiteten Verhandlungen über die neue Reichsverfassung in der Reichstagsbrücke fortgesetzt werden. Die angelegte Besprechung ist aber mit Rücksicht auf den Eisenbahnverkehr, den Wägenverkehr, abgesehen und auf einen späteren Termin verschoben worden.

Berlin, 29. Nov. Der Reichspräsident hat den Ministerpräsidenten im Reichswirtschaftsamt, Dr. u. Dirksen, zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt.

Berlin, 29. Nov. Der Reichsarbeitsminister hat heute mittig den Schiedspruch über die Kohlenlieferungsverhältnisse im Bezirk der märkischen Metallindustrie Hagen-Schwelm für verbindlich erklärt.

Berlin, 29. Nov. Die Meldungen über eine Antisemitische Bewegung des Innern hat im Kabinett den Antrag gestellt, Landrat v. Oetli zu Disposition zu stellen, weil er über Vermisste in dem von ihm verordneten Kreise Reichheim dem Reichspräsidenten von Kassel nicht pflichtgemäß Mitteilung gemacht habe.

Berlin, 29. Nov. In der Vermittlungskommission wegen des Verhältnisses an dem Tode des Nationalsozialisten Kistner ist dem Antrag der Sozialdemokratischen Gruppe gemäß durch den Untersuchungsrichter die Veruntersuchung eröffnet worden. Sie richtet sich gegen die Arbeiter Ernst Becher und Otto Smetz wegen Körperverletzung mit Todesfolge und gemeinschaftlicher Schmäher Redebeiträge.

Berlin, 29. Nov. In einem bekannten Einzelgeschäft der Innenstadt wurde gestern während der Geschäftszeit von zwei Ausländern aus einer der Wägen ein Tablet mit 28 kostbaren Platin-Diamanten im Werte von 200000 Mark gestohlen. Die Diebe sind mit ganz besonderer Kaltblütigkeit und Geschicklichkeit zu Werke gegangen und konnten sich unbehelligt entfernen. Auf die Wiederbeschaffung der Juwelen ist eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt worden.

Berlin, 29. Nov. In Verfolg des gestrigen Kabinettsbeschlusses hat sich noch gestern abend ein interministerieller Ausschuss ins Amtsbereich begeben, um die Frage der gemeindlichen Unterbringung und der Verhältnisse zu prüfen. In dem Ausschuss sind das Reichsarbeits-, Reichsminister- und das Reichsfinanzministerium vertreten. Der Ausschuss hat ausschließlich die Aufgabe, festzustellen, inwiefern die Unterbringungsfrage zu klären ist. Von der Regierung ist inzwischen eine Vorstudie ausgearbeitet worden, die die Vermittlungsaktion im Einzelnen übernehme soll. Ueber die Persönlichkeit ist Räuber noch nicht bekannt. Die in der Presse für den Vermittlungsvorschlag genannten Namen (Simons, Brauns und Dr. Stresemann) kommen für diese Aktion nicht in Frage. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, soll als Träger der neuen Aktion, die das Reich zur Beilegung des Kampfes in der Eisenindustrie eingeleitet hat, Reichsminister Scoring in Aussicht genommen sein. Für diese Wahl ist in erster Linie maßgebend, daß Minister Scoring die Verhältnisse im Westen aus eigener Anschauung genau kennt und zwar vor allem auch durch seine Tätigkeit als Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrgebiet. Die Bemühungen, den Streit durch direkte Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen und den Beteiligten beizulegen, werden heute und morgen in Berlin fortgesetzt.

Berlin, 30. Nov. Gestern waren bereits die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Scoring'sche Vorschlag scheint für die Industrie einnehmbarere Grundlage zu neuen Einigungsverhandlungen zu bilden. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Einigung heute erreicht wird, jedoch dann am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde.

Warschau, 30. Nov. Wie „Czecz Potoczny“ zu dem Chorzow-Abkommen ergänzend zu berichten weiß, wird die Gesamtheit der polnischen Arbeiter zu zahlenden Entschädigungspläne mit 30 Millionen Mark ausgegeben.

Genf, 29. Nov. Der Antrag der deutschen Regierung auf Abhaltung der Versammlung des Rates in Lugano ist heute mittig in Genf eingetroffen. Der stellvertretende Generalsekretär General hat den Antrag sofort an den Ratpräsidenten und die Mitglieder des Rates weitergegeben. Außerdem wurde die schweizerische Bundesregierung und die kantonalen Behörden im Teil über den Tagungsantrag verständigt. Auch hat das Sekretariat bereits Beamte nach Lugano beordert, die die technischen Vorbereitungen treffen.

Paris, 29. Nov. Wie Hannas aus St. Malo berichtet, ist das Weisse des deutschen Schiffs „Pommern“ von zwei Schleiern nach St. Malo gebracht worden und wird heute abend hinter der Mole von St. Servan verankert werden. Ein Teil des Verkaufspreises des Schiffes fällt der aus 17 Kisten aus Granville bestehenden Bergungsmannschaft zu, die anderen zwei Drittel dem Staat und der Marinebehörde.

Paris, 29. Nov. Nach einer Mitteilung aus Kolmar gibt die Zeitung „L'Echo“ bekannt, daß die in französischer Sprache erschienenen Organe „Le Nouvelliste“ und „Courrier de Strasbourg“ vom 1. Januar ab ihr Erscheinen aus finanziellen Gründen einstellen werden. „Le Nouvelliste“ stand jahrelang unter der Leitung des Abbe Wetterle.

Kristiansand, 29. Nov. Die vereinigte Lumber & Timber Co. in der Nähe von Kristiansand ist heute nachmittag durch Feuer zerstört worden. Der Schaden wird auf etwa 10 Millionen Kronen geschätzt. Mehrere Arbeiter verletzten sich durch Sprünge aus den Fenstern. Dem von ihnen hat verletzt, vier werden vermisst. Man befürchtet, daß sie unangekommen sind; doch wird sich hierüber erst im Laufe des morgigen Tages genaueres feststellen lassen.

Beratung der Gemeindeordnung.

Stuttgart, 29. Nov. Im Landtag wurde heute die Beratung des Beamtengesetzes fortgesetzt und nach längerer Ausrede der Abg. 3 des Art. 22 auf Antrag des Reichspräsidenten Kollig unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge in der Form angenommen, daß der auf sein Verlangen entlassene Beamte eine besondere Unterbringung, die er zu seiner Ausbildung aus Staatsmitteln erhalten hat, auf Anforderung des zuständigen Ministeriums erhalten muß. In Art. 25 wurde ein Antrag Winkler (Soz.), wonach jeder Beamte auf die Verfassung eidlich zu verpflichten ist und wonach die Ernennung des Beamten nichtig ist, wenn der Beamte den Eid verweigert, mit 41 Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Kommunisten gegen 33 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt. In Nachholung gestern zurückgehaltener Bestimmungen über die weislichen Beamten. Alle Gegenanträge wurden abgelehnt. Eine lebhafte Debatte rief der Art. 24 hervor, der bestimmt, daß sich der Beamte in und außer dem Amt so zu verhalten hat, wie es seine Stellung im Staat und die Anforderungen seines Amtes verlangen. Hierzu beantragte der Abg. Winkler (Soz.) eine Verpflichtung des Beamten, in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten und alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht vereinbar ist. Weiter soll es dem Beamten unterlagt sein, in der Öffentlichkeit geistlich oder anfeindend monarchistische Bestrebungen zu fördern. Der Abg. Kling (Chr. Volksdienst) stellte den Antrag: Der Beamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit für den Staat und die Leitung der republikanischen Staatsform und ihrer Vordemokratie einzutreten. Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter des republikanischen Staats nicht vereinbar ist. Der Abg. Winkler (Soz.) bezeichnete seinen Antrag als selbstverständlich und betonte, es sei unbedeutend, daß sich die Regierung dagegen wehre. Ein Beamter könne nicht dem Stahlhelm angehören. Der Abg. Dr. Schall (Dem.) sagte, es sei eine Selbstverständlichkeit des Staates, wenn er von seinen Beamten ein Eintreten für die Verfassung fordere. Der Abg. Kollig (Ztr.) wies darauf hin, daß die Verpflichtung der Beamten auf die republikanische Verfassung längst in der Landesverfassung festgelegt sei und daß das genüge. Der Abg. Winkler hätte konsequenterweise noch beantragen sollen, daß jeder Beamte Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Weiß-Gold sein müsse. Der Abg. Dortmann (D. Sp.) wandte sich dagegen, daß man den württembergischen Beamten durch den Antrag Winkler einen derartigen Kaufpreis anlegen wolle. Der Abg. Winkler (Soz.) war für völlige Streichung des Art. 24. Der Abg. Ulrich (Soz.) betonte, die beantragten Bestimmungen seien dem Republikanismus entgegen, für das Feinereit auch das Zentrum gestimmt habe. Der Abg. Bausch (Chr. Volksdienst) legte dar, es entspreche der republikanischen Auffassung seiner Partei, daß jeder der bestehenden Staatsgewalt untertan sei. Der Abg. Andler (Ztr.) sah in dem Antrag Winkler Befugnisse, erklärte aber den Antrag des Reichspräsidenten Kollig für annehmbar. Staatspräsident Dr. Bausch hob hervor, daß alles, was im Interesse des Schutzes der Republik notwendig ist, jetzt schon in der Verfassung und in den bürgerlichen Gesetzen ausreichend geregelt sei. Daraus wurden der kommunistische und der sozialdemokratische Antrag in einfacher Ablehnung, der Antrag des Reichspräsidenten Kollig mit 41 gegen 33 Stimmen des Chr. Volksdienstes, der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrumskomitees abgelehnt. Angenommen wurde dagegen eine Entschließung des Abg. Kling (Chr. B.), das Staatsministerium zu erlauben, in die Vollzugsverfügung zum Beamtengesetz Bestim-

mungen aufzunehmen, in denen die Verpflichtungen der Beamten, ihre staatsbürgerlichen Rechte und deren Grenzen festgeschrieben werden, ferner die erlassene Vollzugsverfügung vor der Veröffentlichung dem Finanzamt vorgelegt. Die Annahme dieser Entschließung erfolgte gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums (ausgenommen des Abg. Andler) und der Deutschen Volkspartei. Staatspräsident Dr. Bausch dankte die Erklärung ab, daß die Regierung die Vollzugsverfügungen, die Verwaltungsverordnungen sind, nach der Verfassung selbständig erlassen könne. Nur mit Zweidrittelmehrheit könne die Regierung gezwungen werden, eine solche Vollzugsverfügung vor ihrer Veröffentlichung dem Finanzamt vorgelegt. Kultusminister Dr. Bausch unterstützte diese Erklärung, während der Abg. Deymann (Soz.) sowie die Abgeordneten Schall (Dem.) und Schell (Dem.) ihr widersprachen. Requierer betonte, die Regierung müsse das tun, was die Mehrheit des Landtags beschließt, sonst habe sie ein Misstrauensvotum zu gewärtigen. Man erlaube dann noch ohne wesentliche Ausrede die Artikel 24-26. Im Laufe der Sitzung wurde eine Mitteilung des Abg. Schell (Dem.) entgegengenommen, wonach der Legitimationsanspruch feststeht, daß die Legitimation aller Abgeordneten in Ordnung war. Weitere Fortsetzung der Beratung.

Der bayerische Ministerpräsident über die politische Lage.

München, 29. Nov. Im Landtag verhielt sich der politische Aussprache Ministerpräsident Dr. Held in längerer Rede zu schwebenden politischen Fragen. Er wies die Behauptung der Sozialdemokraten zurück, als ob die gegenwärtige bayerische Regierung das Finanzgesetz des Landes verfaßt habe. Im auswärtigen Vortritt äußerte er, von rechts bis links werde die einmütige Auffassung, daß die Vorkampfpolitik nur Entschärfungen gebracht habe. Es sei allseitig begrüßt worden, als der Reichspräsident in Genf plötzlich die Auffassung der deutschen Gebiete verlangt habe. Auf der Ministerpräsidentenkonferenz sei die Auffassung einmütig gewesen, daß bei der Lösung des Reparationsproblems dem deutschen Volke keine neue Lasten auferlegt werden dürften. Was die Neugliederung des Reiches anlangt, so halte er an seinem wiederholt vertretenen Standpunkt fest. Jetzt sei der Augenblick gekommen, wo der Reichspräsident sich mit warmen Dankworten für das treue Verhalten der Wähler und versicherte, Regierung und Landtag würden sich stets ihrer Pflichten gegenüber der Volkswirtschaft bewußt sein. In der Debatte erklärte noch der päpstliche Abgeordnete Bürger von der Deutschen Volkspartei zur Frage „Nationalismus oder Unitarismus“, für die Wähler im Reich zu gehen die Zugehörigkeit zum Reich über alles. Die Wähler lebten es ab, eine Mischung der Räumungspolitik mit neuen Taten und Verpflichtungen zu erlauben.

Sprengung einer volksparteilichen Versammlung durch Nationalsozialisten.

Frankfurt a. M., 29. Nov. Die Deutsche Volkspartei hat heute abend zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Greiner-Balle über das Thema „Diktator oder Parlamentarismus“ sprechen sollte. Schon mit einigen Worten wurden von den zahlreich anwesenden Nationalsozialisten verschiedene Punkte der Rede gemeldet. Der Reichspräsident schloß mit warmen Dankworten für das treue Verhalten der Wähler und versicherte, Regierung und Landtag würden sich stets ihrer Pflichten gegenüber der Volkswirtschaft bewußt sein. In der Debatte erklärte noch der päpstliche Abgeordnete Bürger von der Deutschen Volkspartei zur Frage „Nationalismus oder Unitarismus“, für die Wähler im Reich zu gehen die Zugehörigkeit zum Reich über alles. Die Wähler lebten es ab, eine Mischung der Räumungspolitik mit neuen Taten und Verpflichtungen zu erlauben.

Das Saargebiet deutsch.

Saarbrücken, 29. Nov. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung verlas der hiesige Bürgermeister Dr. Keiles folgende Kundgebung, die von allen Parteien des Stadtparlaments (mit Ausnahme der anwesenden Kommunisten) unter großem Beifall einstimmig beschlossen worden war: Vor 10 Jahren, am 22. und 23. November 1919 wurde die Stadt Saarbrücken von französischen Truppen besetzt. Seit dieser Zeit ist die Stadt aus ihrer tausendjährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich und aus ihrer hundertjährigen Verbindung mit dem preussischen Staat herausgerissen. Gemäß dem Versailler Vertrag kann diese Abtrennung vom Vaterlande, die ohne Verlegung und gegen den Willen der Bevölkerung stattgefunden hat, noch bis 1935 andauern. Als die gewählten Vertreter der Bürgererschaft beauftragt die Stadtverordneten von Saarbrücken die von jeder von der Bevölkerung vertretene Meinung, die durch die Erfahrungen der zehnjährigen Abtrennung nur bestätigt worden ist, daß die Aufrechterhaltung eines politisch und wirtschaftlich autonomen Saargebietes infolge der organischen Zugehörigkeit der Saargebietes zur deutschen Wirtschaft unabweisbar ist. Es würde dieser Zustand dem politischen Willen der Bevölkerung und ihrem Selbstbestimmungsrecht, in dessen Ausübung sie die schleunige Durchführung zu Deutschland verlangt, widersprechen und in Europa dauernd einen Dorn politischer Risse und Streitigkeiten befeuchten lassen. Die Stadt Saarbrücken nach ihrer geschichtlichen Entwicklung wie nach dem einheitlichen Willen ihrer ortsansässigen Bevölkerung eine deutsche Stadt. Deshalb hat die Bevölkerung der Stadt zu dem einen Wunsch, sobald als möglich wieder mit dem Deutschen Reich und dem preussischen Staat, und zwar ohne Vorbehalt und ohne jede Beschränkung, vereinigt zu werden. Der Presse aller Länder erwartet die Bevölkerung der Stadt Saarbrücken eine offene und starke Unterbringung ihres Strebens nach Wiedervereinigung mit dem Vaterlande. Ein französischer Volk erwartet sie, daß es zu einer friedlichen Verständigung mit dem Deutschen Reich über die Saarfrage die Hand bietet. Sie erwartet weiter von dem Generalsekretär der im Völkerbund vertretenen Nationen, daß sie zur Vermeidung eines nutzlosen politischen und wirtschaftlichen Kampfes um das Saargebiet für eine schleunige Lösung der Saarfrage im Sinne des Willens der Bevölkerung eintreten werde.

Die Bezüge der Ausgeperrten.

Essen, 29. Nov. Einer Mitteilung der Gewerkschaften zufolge erhalten die ausgeperrten Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe folgende Unterbringungen für die Woche: Die organisierten Bezüge von der Gewerkschaft 18 Mk., vom Reich 8 Mk., zusammen 26 Mk., die organisierten Bezieher von der Gewerkschaft 21 Mk., vom Reich 16 Mk., zusammen 37 Mk., die organisierten Familienmitglieder mit einem Kind von der Gewerkschaft 24 Mk., vom Reich 19,50, zusammen 43,50 Mk.; für die Unorganisierten fallen die Unterbringungen der Gewerkschaften fort. Die Organisierten erhalten für jedes weitere Kind vom Reich und Gewerkschaft zusammen je 6,50 Mk., die Unorganisierten vom Reich allein 3 Mk. Die genannten Bezüge

Öffentliche Lustbarkeiten.

Am 2. Dezember 1928 (1. Adventssonntag) und am **Christfest** sind öffentliche Lustbarkeiten (Konzerte mit Wirtschafts- oder Kaffeebetrieb, Sportwettkämpfe usw.) **verboten.**

Öffentliche Tanzunterhaltungen können auch an den andern Sonntagen der Adventszeit nicht gestattet werden, sonntägliche Tanzunterhaltungen geselliger Vereine und geschlossener Gesellschaften nur in ganz besonderen Fällen und auf Befürwortung der Ortspolizeibehörde. Diefelben Grundzüge wird das Oberamt bei Gesuchen um Tanzverlaubnis an den Werktagen der Adventszeit anwenden.

Neuenbürg, den 30. November 1928.

Oberamt: Lempp.

Gemeinde Birkenfeld.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung betr.

Viehählung

wird hingewiesen.

Birkenfeld, 29. November 1928.

Schultheißenamt.

Frauenarbeitschule Neuenbürg.

Der **neue Kurs** für Handnähern, Maschinennähern und Kleidernähern beginnt am **Dienstag, 8. Januar 1929.** Anmeldungen werden von **Montag, 3. Dez., bis Freitag, 7. Dez. 1928,** vormittags von 8—12 Uhr, entgegen genommen.

Die Schulleitung.

Stangen-Versteigerung

des **Bad. Forstamts Mittelberg** in Eilingen am **Freitag den 7. Dezember 1928,** vorm. 9^{1/2} Uhr, im Gasthaus „Schönblick“, Mergzell aus Staatswaldbezirk I (Förster Kratz, Moosbrunn), II (Förster Blöth, Mehlinschw. Hof), IV (Förster Kunz, Schilberg), VI und VII (Förster Geißert, Langenalb): 7500 St. Baustangen, 20 St. Baumstämme, 5600 St. Hopfenstangen, 2300 St. Reb- und 1000 St. Bohnenstücken. Losauszüge durch das Forstamt.

Fußballverein Neuenbürg, e. V.

Wir gestatten uns hiemit, Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins zu der am **morgigen Abend im Gasthof zum „Bären“** stattfindenden

Weihnachts-Feier

verbunden mit **gesanglichen, musikalischen und theatralischen Aufführungen** freundlichst einzuladen.

Mitwirkende: Musikverein Neuenbürg, Sängervereinigung „Freundschaft“ Neuenbürg, sowie Mitglieder des Vereins. Auftreten des bekannten Salonkomikers **E. Kusterer,** Pforzheim.

Saben-Verlosung.

Saallöffnung 7 Uhr. Beginn präzis 8 Uhr. Eintrittspreise: Mitglieder 25 Pfg., Nichtmitglieder 50 Pfg.

Der Ausschuß.

NB. Etwa uns zugesandte **Saben** zur Verlosung werden dankend entgegengenommen von **Burghard z. „Bären“**, Kaufmann Niese und Friseur Seeger.



Auf nach Wildbad zur Weihnachts-Messe!

Vom 30. November bis 2. Dezember in der städtischen Turn- und Festhalle

Wildbader

Weihnachts-Messe.

Wildbader Handels- und Gewerbetreibende zeigen in wirkungsvoll angeordneten Ausstellungsräumen ihre Leistungsfähigkeit und die Reichhaltigkeit ihrer Lager. Jeder Besucher wird von Vielseitigkeit, sowie Preiswürdigkeit der Waren überrascht sein.

Der Nationale Frauendienst Wildbads sorgt durch seine Kaffee- und Erfrischungsräume für das leibliche Wohl, sowie durch Belustigungen aller Art für Unterhaltung von Erwachsenen und Kindern.

Wer die lehrjährige Weihnachtsmesse besucht hat, und weiß, wie hübsch und unterhaltend sie veranstaltet war, der kommt sicher gerne wieder und bringt hoffentlich recht viele neue Besucher mit!

Die Weihnachtsmesse bringt Weihnachtsfreude, Weihnachtsstimmung! Eltern kommt mit Euren Kindern!



Jetzt: Leopoldstr. 7 Es steht fest



daß wir unsere Kunden mit guten Waren zu billigen Preisen bei **bequemer Teilzahlung** beliefern, und deshalb ist auch

der Erfolg

nicht ausgeblieben. Die tägliche Zunahme unserer Kundenzahl ist der beste Beweis hierfür. Deshalb decken auch Sie Ihren Bedarf in Herren-, Damen-, Mädchen- u. Knabenkleidung, Wäsche und Aussteuer aller Art bei uns; auch Sie werden zu den Zufriedenen zählen.

Herren- und Damenbekleidungshaus „Helios“
Pforzheim Leopoldstr. 7



Am Samstag den 1. Dezember 1928, 8 Uhr abends, findet im Gasthaus z. „Schiff“ eine

Versammlung

statt, bei der Kreisvorstand **Beiter,** Heilbronn, teilnehmen wird.

Pünktl. Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

D H V

Beamtungen

liefern wir sämtliche **Druckarbeiten** raschstens u. preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei
Inh. D. Strom + Neuenbürg a. E. + Telefon 4

Bad Liebenzell.

Samstag und Sonntag habe ich



Mebelsuppe

und lade hierzu höflichst ein.

Wilh. Weißinger z. Maisenbacher Sägmühle.

Birkenfeld.

Achtung! Einladung. Achtung!
Am Sonntag den 2. Dezember, nachmittags 5 Uhr, findet im Gasthaus zum „Köbte“ im Saale eine

öffentliche Wähler-Versammlung

statt, wozu die gesamte Einwohnerschaft freundlichst eingeladen ist.

Thema: „Die Gemeinderatswahlen“.

Referent: **Gen. Karl Schneck, M. d. L., Stuttgart.**

Männer, Frauen und Jungwähler erscheint zahlreich!
Wahlauschuß der Kommunistischen Partei.

Für

Bereins-Veranstaltungen

empfehlen wir uns zur Lieferung von

Programmen, Köstchen-Losen u. sämtlichem Material für Lotterien Tischdruckrepp, Eintrittskarten.

C. Meeh'sche Buchdruckerei, Inhaber D. Strom.

Einen sehr gut erhaltenen

Divan

wegen Umzugs billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Engländer-Geschäftsstelle.

Schömberg.

Einen bereits neuen, kräftig gebauten

Rastenschlitten,

sowie ein

Güllensaf

hat preiswert abzugeben.

Fr. Burghardt, Wehrmeister.

Holzkaufzettel,

vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchdrg.

Kein Weihnachten ohne unsere neuzeitlichen Musik- Apparate

Tischapparate:
Mk. 24.—, 36.—, 48.—, 60.—, 72.—, 90.—, 118.—, 135.—

Schrankapparate:
Mk. 118.—, 194.—, 200.—, 260.—, 300.—, 450.—

Kofferapparate:
Mk. 21.—, 36.—, 48.—, 62.—, 80.—, 95.—, 120.—

Original-Electromophon der beste elektr. Apparat mit Fabrik-Garantieschein Mk. 180.—, 320.—, 400.—, 580.—

Zahlungsvereinfachung nach Vereinbarung. Bestimmen Sie selbst!

Electrola (mit Federwerk) nicht elektr.

Anzahlung		Neuzahlung	
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
200.—	22.—	18.50	
270.—	29.70	22.30	
380.—	41.80	31.20	
450.—	48.50	37.10	
550.—	60.50	43.80	

Electrola-Ton ist nach wie vor unerreicht!

Schallplatten aller Marken Mk. 2.—, 3.50, 3.75, 4.—, 5.00, 7.25.

Musikhaus

Griebmayer

Pforzheim

Westliche 9, Ecke Blumen-
Erstklassige Pianos

An den letzten drei
Sonntagen vor Weh-
nachten geöffnet.

Denkt an den

Friseur

beim

Weihnachtseinkauf.

Gebrauchtes gut.

Rüchenbüffel

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Personen-
unter F. S. an die Engländer-
Geschäftsstelle.

BREMEN— SÜDAMERIKA

Brasilien / Argentinien

und den Häfen der Westküste

hervorragende Reisegelegenheit

beste Verpflegung und Bedienung

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Kostenlos Auskunft erteilt:

Neuenbürg: **Theodor Weiß, Marktstr. 14;**

Stuttgart: Reisebüro Rominger, Generalvertreter
des Norddeutschen Lloyd, Königstraße 15.

Birkenfeld.

Samstag den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet

gegen Vorzahlung bei Mitglied **Gottlob Keller** die

Bezugs- und Absatz-Genossenschaft

1 Schreibisch, fast neu, 1 Dezimalwaage u. Gewicht, 1 Sackkarren u. noch Verschiedenes

Die Verwaltung.

Chlorodont befeht. Allen Mundgeruch u. höchlich gefürchten Zahndes

Neuenbürg.

Verpachtung.

Bringe Samstag nachmittags 2 Uhr in der Wirt-
schaft zur „Trande“ zwei kleinere Grundstücke zur

Versteigerung, zwei im Igenberg mit tragbarem Bäumen
eins beim Schießhaus.

Emil Mothes, Stuttgart, Gerberstr. 2b.

